

Benjamin Schröder / Jochen Staadt
(Hrsg.)

Unter Hammer und Zirkel

Repression, Opposition
und Widerstand
an den Hochschulen
der SBZ/DDR



Studien des Forschungsverbundes
SED-Staat
an der Freien Universität Berlin

PETER LANG

Einleitung

Jochen Staadt

Die SED hatte das Bildungswesen der DDR fest im Griff. Gleichwohl regte sich an den Universitäten über alle Jahre der Existenz des SED-Staates immer wieder Unmut gegen die politische Bevormundung von Studium, Lehre und Forschung. Zu erheblichen Widerstandshandlungen kam es im ganzen Land vor allem in den ersten Nachkriegsjahren, als sich die Universitäts- und Hochschulangehörigen kurze Zeit nach dem Ende des Nationalsozialismus mit einer erneuten ideologischen Gleichschaltung durch die sowjetische Besatzungsmacht und die SED konfrontiert sahen. Die Gründung der Freien Universität Berlin im Jahr 1948 war eine Folge dieser Auseinandersetzungen.

Als Träger des frühen Widerstands gegen die kommunistische Hochschulpolitik traten christliche, liberale, sozialdemokratische und nicht organisierte Studenten und Hochschullehrer hervor, die sich zunächst noch in kleinen Gruppen zusammenfanden. Doch die sowjetische Besatzungsmacht und die Sicherheitsorgane der SED gingen mit aller Härte gegen diese demokratischen Kräfte vor. Ihre organisatorischen Zusammenhänge wurden zerschlagen, Sowjetische Militärtribunale bzw. die SED-Justiz verurteilten zahlreiche ihrer Mitglieder zu langjährigen Arbeitslager- oder Haftstrafen; sogar etliche Todesurteile wurden verhängt und vollstreckt. Tausende flohen angesichts der Formierung des akademischen Betriebes und der Repressionsmaßnahmen aus den Universitäten der SBZ/DDR in den Westen. Viele von ihnen hielten weiterhin Kontakt zu früheren Mitschülern und Kommilitonen und versuchten, die politische Opposition in der SBZ/DDR zu unterstützen. Insbesondere an der Freien Universität Berlin trafen Flüchtlingsstudenten auf Gleichgesinnte, die es als ihre Aufgabe ansahen, den in der SBZ/DDR politisch Verfolgten zu helfen und Informationen über den Verbleib von spurlos Verschwundenen oder Abgeurteilten zu sammeln und zu veröffentlichen.

Hier arbeitete seit 1950 das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Seine Mitarbeiter bemühten sich um die Aufklärung von Einzelschicksalen vermißter Kommilitonen und versuchten, eine nur in geringstem Umfang mögliche Rechtshilfe zu organisieren. In der FU-Studentenzeitschrift *Colloquium* erschienen Monat für Monat die Namen von verhafteten Studenten und Akademikern. Neben inhaftierten Studenten aus DDR-Universitäten fanden sich in der Zeitschriftenrubrik »Vergeßt sie nicht!« auch Namen von Studierenden der Freien Universität und der Deutsche Hochschule für Politik (DHfP – seit 1959 Otto-Suhr-Institut).

Die Freie Universität und die DHfP galten den DDR-Sicherheitsorganen als Ausbildungsstätten westlicher »Agenten«. Staatssekretär Erich Mielke schrieb

am 31. Mai 1951 in der Dienstanweisung des Ministeriums für Staatssicherheit Nr. 10/51 über die Freie Universität: »Hier werden zum Studium nur solche Personen zugelassen, die der Prüfungskommission, in der sich auch ein ständiger Vertreter der ›Hildebrandt-Gruppe‹ befindet und deren andere Kommissionsmitglieder inoffiziell für die westlichen Geheimdienste arbeiten, die Gewähr bieten, daß diese reaktionär eingestellt, der DDR feindlich gesinnt und zur Agententätigkeit zu verwenden sind oder schon feindliche Handlungen gegen die DDR begangen haben und auch als Agenten sich bereits betätigen.« Die Lehrkräfte seien darauf aus, »systematisch die Studenten reif für eine Agententätigkeit gegen die DDR und fortschrittliche Kräfte in Westberlin und Westdeutschland zu machen«. Mielke befahl allen Diensteinheiten in den Ländern, die Personalien von ehemals oder noch in der DDR wohnenden Studenten festzustellen, die in West-Berlin studierten. Im Zuge der Ermittlungen sollte »alles zur Person und den Eltern, bisherige Wohnorte, politische Einstellung usw.« herausgefunden werden. Bis zum 29. Juli 1951 waren der MfS-Zentrale Angaben zu übermitteln, ob einige der festgestellten Studenten »für evtl. Abwerbungen von G. M. und Informatoren zu benutzen« wären.¹

Recherchen in russischen und deutschen Archiven brachten vor einigen Jahren zutage, daß fast eintausend Deutsche, die von Sowjetischen Militärtribunalen abgeurteilt worden waren, zwischen 1950 und 1953 in Moskau hingerichtet wurden. Die meisten von ihnen stammten aus dem DDR-Gebiet, aber auch 39 Westdeutsche und 112 West-Berliner gehörten zu den Ermordeten, darunter die Studenten der Freien Universität Berlin bzw. der DHfP Günter Beggerow, Fritz Flatow, Günter Malkowski, Kurt Helmar Neuhaus, Aegidius Niemi, Friedrich Prautsch, Peter Püschel und Werner Schneider. Ein weiterer Student der DHfP, Wolf Utecht, wurde 1953 in Irkutsk erschossen. Ihm wurde die Bildung einer Widerstandsgruppe in dem sibirischen Arbeitslager Osjornoe vorgeworfen, in das er 1950 nach einer Verurteilung zu 25 Jahren Zwangsarbeit eingeliefert worden war.² Der FU-Student Wolfgang Krütze kam 1953 in der Nähe von Potsdam unter bislang ungeklärten Umständen ums Leben. Nachdem ihn das Bezirksgericht Potsdam wegen »Boykotthetze« zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt hatte, soll er sich der Einlieferung in das Zuchthaus widersetzt haben und von Mitarbeitern des DDR-Staatssicherheitsdienstes »auf der Flucht erschossen« worden sein.³

1 Erich Mielke: Dienstanweisung Nr. 10/51 v. 31.5.1951. BStU, ZA, MfS-BdL, Dok. Nr. 002014.

2 Vgl. Staadt, Jochen: Erschossen in Moskau. In den fünfziger Jahren verschwanden etliche West-Berliner Studenten spurlos. Sie wurden in der Sowjetunion ermordet. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 29. 5. 2005.

3 Bezirksverwaltung Potsdam des MfS: Ermittlungen gegen den FU-Studenten Wolfgang Krütze. BStU, Ast. Potsdam, AU 90/53 sowie Oberstleutnant a. D. Zörner: Niederschrift vom 26. Oktober 1988 mit Erinnerungen an die Festnahme von Wolfgang Krütze [!], geb. am 4. 1. 1930 in Jena. BStU, ZA, MfS HA XX/4 Nr. 2473. Zum Verlauf und Stand der Recherchen des Forschungsverbundes zu politisch verfolgten Studenten der FU und der DHfP sowie für das folgende vgl. den Beitrag von Benjamin Schröder, S. 165–189.

Die Verfolgung von Andersdenkenden bewegte die West-Berliner Studentenschaft ebenso wie die politisch Verantwortlichen im Senat. Am 20. Juli 1951 versammelten sich über tausend Angehörige der Freien Universität Berlin zu einer akademischen Gedenkveranstaltung »für Professoren und Studenten, die dem nationalsozialistischen und sowjetischen Terror zum Opfer fielen«. Ausrichter der Kundgebung war das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), das, wie sein Sprecher Dietrich Spangenberg eingangs sagte, zum ersten Mal mit einer eigenständigen Gedenkfeier an die Öffentlichkeit trat. Die Veranstaltung wurde vom RIAS übertragen. Es sprachen nach Spangenberg der Rektor der Freien Universität Freiherr von Kress, Inge Scholl, Herbert Wehner (MdB, Vorsitzender des gesamtdeutschen Ausschusses) und der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter. Spangenberg übergab der Öffentlichkeit anlässlich der Gedenkveranstaltung eine Liste mit Namen von Professoren und Studenten, die in der SBZ seit 1945 inhaftiert worden oder spurlos verschwunden waren. Den Sinn der Veranstaltung erläuterte Spangenberg folgendermaßen: »Wir haben den 20. Juli in voller Absicht für diese Gedenkstunde gewählt. In einer Zeit nämlich, in der rechtsradikale Gruppen Widerstandskämpfer gegen Hitler als gemeine Landesverräter bezeichnen, kommt es uns darauf an, durch Betonung der Gleichartigkeit des Widerstandes gegen nationalsozialistische und stalinistische Willkür, beide in ihrem verantwortungsvollen Kampf um die Freiheit zu ehren. Es gilt den Freiheitskampf der Sowjetzone in seiner Zielstrebigkeit zu fördern, indem wir alle freiheitlichen Menschen, besonders aber die Widerstandskämpfer gegen totalitäre Regime vor jeder Verunglimpfung durch extreme Gruppen schützen.« Inge Scholl wies auf die totalitäre Bedrohung hin, die in Berlin besonders spürbar sei und erklärte: »Wir müssen klar erkennen, welch tödlicher Wesenszug den totalitären Systemen eigen ist.«

Herbert Wehner appellierte insbesondere an die westdeutsche Öffentlichkeit, die Unterdrückung im Osten Deutschlands nicht zu vergessen: »Unser Volk darf nicht müde werden, unseren Landsleuten in der sowjetischen Besatzungszone muß man keine Mahnungen und Beschwörungen zurufen, aber unsere Landsleute im westlichen Teil unseres Landes sollen sich der Tatsache bewußt werden, daß sie durch ihre Haltung entscheidend dazu beitragen können, die übrige Welt zu aktiver Hilfe für die in Kerkern und Lagern schmach tenden Menschen zu gewinnen.« Er habe als Vorsitzender des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen zahllose Briefe von Eltern »verhafteter, verschleppter, verschollener, getöteter junger Menschen erhalten. Sie wollen ihre Söhne und Töchter in Erinnerung bringen. Es ist schmerzlich, daß sie das Gefühl haben, das tun zu müssen.« Wehner beendete seine Rede mit dem Versprechen: »Wir aber wollen das Menschenmögliche im eigentlichen Sinne des Wortes, das Menschenmögliche tun, damit die in Gefangenschaft Schmach tenden befreit und die an den Opfern begangenen Untaten gesühnt werden.«⁴

4 Eine Mitschrift der RIAS-Übertragung findet sich verschriftet im Bestand des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen unter BArch, B 166/1219.

Einige Jahre später mischten sich in die Empathie für die Opfer schon andere Töne. Am 7. Juli 1960 wandte sich Ilse Nitschke aus Frankfurt am Main an den Vorsitzenden des Studentenrates der DHfP und teilte mit, daß sie von der Botschaft der UdSSR in Bonn die Bestätigung für den Tod ihres Sohnes Günter Malkowski erhalten hatte. Man habe ihr mitgeteilt, ihr Sohn sei 1952 in sowjetischer Haft verstorben. Am 26. Juli 1960 übermittelte Professor Gert von Eynern im Namen des Otto-Suhr-Instituts (OSI) Ilse Nitschke sein Beileid. »Es ist in der Tat ein schweres Verhängnis, daß die politischen Verhältnisse zu einer so schlimmen Entwicklung geführt haben«, schrieb von Eynern.⁵ Die politischen Verhältnisse also sollen zu einem Verhängnis geführt haben? Später hieß es, der Kalte Krieg sei die Ursache, und noch etwas später meinte gar mancher am OSI, die »imperialistische Politik« der Vereinigten Staaten sei für die Welle des Terrors in der frühen DDR verantwortlich. Der Einsatz für Freiheit und Demokratie war nach dieser Lesart der Geschichte das Werk von Kalten Kriegern und notorischen Antikommunisten, die sich mit der europäischen Nachkriegsordnung und deren Folgen nicht arrangieren wollten. Das kam der SED-Propaganda durchaus entgegen, denn aus SED-Perspektive bestand die innere Opposition in der DDR aus fremdgesteuerten Marionetten des Westens, aus »faschistischen Provokateuren« und »Rowdies«. Doch fremdgesteuert waren die meisten politischen Gegner des SED-Regimes gerade nicht. Sie handelten aus eigener Verantwortung und nach eigenem Gewissen. Die dafür gebührende Achtung wurde ihnen lange versagt.

Die Erinnerung an die Männer und Frauen des demokratischen Widerstandes in der SBZ/DDR findet erst seit einigen Jahren durch die zeitgeschichtliche Forschung nach und nach eine angemessene Beachtung im historischen Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland. Dazu trugen sowohl aktive Zeitgenossen wie auch jüngere Wissenschaftler bei, die sich unvoreingenommen mit dem historischen Geschehen in den späten vierziger und den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts beschäftigten. Trotzdem gehört die Geschichte von Opposition und Widerstand in der härtesten Phase der Diktaturdurchsetzung Anfang der 1950er Jahre zu den von der neueren DDR-Forschung weniger beachteten Untersuchungsfeldern.

Nach dem Mauerbau und der vollständigen Abschottung der DDR gab das SED-Regime die bis dahin noch geübten taktischen Rücksichten gegenüber dem akademischen Milieu auf und verstärkte den Konformitätsdruck an Universitäten und Fachhochschulen. Am 22. August 1961 ordnete das SED-Politbüro »die Registrierung von Schülern, Lehrlingen und Studenten, die in Westberlin lernten« an. Bis Anfang November war der SED-Bezirksleitung über das Verhalten dieser Schüler und Studenten zu berichten. Es sei »dann zu entscheiden, welche außerordentlichen Maßnahmen auf Grund der Berichte erforderlich« würden. Schülern der 13. Klasse, die bis zum 13. August 1961 West-Berliner Schulen besucht hatten, sollte ein Arbeitsverhältnis vermittelt werden. »Die Übernahme von Studenten der

⁵ Das Schreiben findet sich in den Immatrikulationsunterlagen von Günter Malkowski. FU Berlin, Universitätsarchiv, Matr.-Nr. 3261.

Pädagogik an das Institut für Lehrerbildung oder an die Pädagogische Schule ist nicht zulässig«, verfügte das SED-Politbüro. Studenten, die bisher in West-Berlin studierten, sollten Arbeitsplätze in VE-Betrieben außerhalb Berlins zugewiesen werden. »Diejenigen, die provokatorisch auftreten, werden in einem Arbeitslager erzogen.«⁶ Ganz so schlimm, wie dieser Beschluß des SED-Politbüros befürchten ließ, kam es nicht. Gleichwohl beseitigte das Regime im Laufe der sechziger Jahre die verbliebenen Rudimente der bürgerlichen Lehr- und Wissenschaftskultur, so gut es ging, aus dem akademischen Leben. Vollständig sollte das jedoch bis zum Ende der DDR nie gelingen. In privaten Welten jenseits des offiziellen Universitätsbetriebes oder im vertrauten Kollegenkreis ergaben sich Möglichkeiten zu ideologiefreiem Wissens- und Gedankenaustausch jenseits der verordneten Denkschemata.⁷

Der in den frühen DDR-Jahren an den Universitäten noch vorhandene Widerstand war weitgehend zerschlagen. In der ersten Zeit nach dem Mauerbau flüchteten zahlreiche Studierende und Lehrkräfte, solange das noch möglich war, aus der DDR. Studenten der Freien Universität Berlin organisierten sofort nach dem 13. August 1961 ein regelrechtes Fluchthilfenetzwerk für Kommilitoninnen und Kommilitonen, die in Ost-Berlin oder im Berliner Umland lebten und durch die Schließung der Grenze von ihren Ausbildungsplätzen in West-Berlin abgeschnitten worden waren. Eine nennenswerte Opposition gegen den Sozialismus existierte an den DDR-Universitäten in den sechziger Jahren nicht mehr. Nunmehr entstand eine Opposition, die dem realen Sozialismus der DDR mit dem idealen Sozialismus der marxistischen Theorie zu Leibe rückte. Ehemals überzeugte Anhänger der SED kamen in regimekritischen Debattierzirkeln zusammen, was sich in der Wahrnehmung der Partei und ihrer Sicherheitsorgane recht bald als »konterrevolutionäre und sozialismusfeindliche Gruppenbildung« darstellte. Vor allem nach der Niederschlagung des Prager Frühlings wuchs die geistige Distanz vieler »Idealsozialisten« zum SED-Staat. Hinzu kam die positive Wahrnehmung der kulturellen Umbrüche und Reformen im westlichen Deutschland.

In den siebziger und achtziger Jahren gehörten die Universitäten und Fachschulen der DDR zu den weitgehend vom Regime befriedeten gesellschaftlichen Bereichen. Bis auf wenige Ausnahmen formierten sich Oppositionsgruppen nur außerhalb des Lehr- und Wissenschaftsbetriebes. Die Auslese der Studierenden und die Steuerung und Kontrolle der Hochschulausbildung ließen Gegnern des Regimes keinen Raum zur Artikulation ihrer Gedanken innerhalb der universitären Institutionen. Unangepaßtes Verhalten von Studenten führte rasch zu Maßregelungen durch FDJ, SED und staatliche Leitungsgremien. Trotzdem traten in den achtziger Jahren unter dem Eindruck der Veränderungen im Ostblock auch im akademischen Milieu der DDR verstärkt Andersdenkende hervor, die ihrem Mißmut

6 Vgl. Politbüro des ZK der SED: Protokoll Nr. 45/61 der Sitzung des Politbüros am Dienstag dem 22. August 1961. SAPMO BArch, J IV 2/2/787, Bestand Politbüro des ZK.

7 Vgl. Sauer, Joachim: Die Kunst war, morgens noch in den Spiegel schauen zu können. Interview in Humboldt Kosmos 96/2010, Magazin der Alexander von Humboldt Stiftung.

gegenüber den Lebens- und Arbeitsverhältnissen mehr oder weniger deutlich Luft machten.

Zur friedlichen Revolution von 1989/90 trugen die Professoren und Studierenden der DDR-Universitäten nur wenig bei. Die wichtigsten Verwaltungspositionen und repräsentativen Ämter des sozialistischen Wissenschaftsbetriebes waren mit Parteifunktionären besetzt. So geht aus den Planungsunterlagen der Kaderabteilung des Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) zur Besetzung der 1. Leitungsebene der dem MHF unterstellten Universitäten, Hochschulen und Medizinischen Akademien von 1980 bis 1985 hervor, daß bis auf zwei Ausnahmen sämtliche Rektoren und Prorektoren der Hoch- und Fachschulen SED-Mitglieder waren. Eine Ausnahme machte die Friedrich-Schiller-Universität Jena, wo der parteilose Mediziner Prof. Dr. Franz Bolck das Amt des Rektors ausübte und der Prorektor für Naturwissenschaften Mitglied der NDPD war. Als weitere Ausnahme ist die Ingenieurhochschule Mittweida registriert, an der Prof. Dr. Erich Schleicher (LDPD) als Prorektor amtierte.

Die Kaderabteilung des MHF hatte in einer tabellarischen Besetzungsliste alle aktuellen sowie die für die kommenden Amtszeiten vorgesehenen Rektoren und Prorektoren mit Jahresdaten der Nachfolge und eine Auflistung der für die jeweilige Position in Frage kommenden Reservekader aufgenommen. Die Tabelle enthielt zu einzelnen Personalien Angaben über das Geburtsdatum, die Klassenherkunft, das Datum des Eintritts in die SED, die Fachrichtung und etwaige Westkontakte. Letztere Angaben lauteten meist »keine Kontakte«, zuweilen »Kontakt zu Eltern und Geschwister[n]«, »Briefwechsel mit Tante«, »Briefwechsel mit Bekannten«, »Kontakte zu Bruder«. Auf einem anderen Blatt der Statistik standen die Direktoren der Sektionen für Marxismus-Leninismus: Sie gehörten selbstverständlich zu 100 Prozent der SED an.⁸

Nach der Wiedervereinigung dauerte es eine ganze Weile, bis der Elitenwechsel im ostdeutschen Universitätswesen Früchte trug und ein zivilgesellschaftlicher Umgang miteinander in den Ausbildungsstätten zur Selbstverständlichkeit wurde. Zwanzig Jahre nach dem Ende des SED-Regimes ist dieser Prozeß weitgehend abgeschlossen. Für die heute in Ostdeutschland Studierenden ist die DDR nicht mehr Teil ihrer Lebensgeschichte. Über Hochschullehrer und Universitätsfunktionäre mit unbewältigten Vergangenheiten kann öffentlich gestritten werden.

Eine solche öffentliche Auseinandersetzung über den designierten Präsidenten der Humboldt-Universität war ein Ergebnis der wissenschaftlichen Konferenz über Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, die der Forschungsverbund SED-Staat am 20. und 21. Mai 2010 an der Freien Universität veranstaltete. Die Beiträge dieser Tagung, die eine Bestandsaufnahme der historischen Forschungen zur Universitätsgeschichte in der SBZ/DDR versuchte, sind in

⁸ Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abteilung Kader: Planungsunterlagen vom 20. Juni 1979 über die Besetzung der 1. Leitungsebene von 1980–1985 der dem MHF unterstellten Universitäten, Hochschulen und Medizinischen Akademien. BAArch, DR 3/B 1495/1a.

diesem Band versammelt. Die auf der Konferenz vorgenommene Zusammenschau von Einzelinitiativen, Forschungsprojekten und Zeitzeugenerinnerungen zeigt ein differenziertes Bild politischer Verfolgung an den SBZ/DDR-Universitäten, Hoch- und Fachschulen von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Ende der SED-Diktatur 1989. Die Vorträge boten Einblicke in die aktuelle Befassung mit der jeweils eigenen und besonderen Geschichte der einzelnen Einrichtungen in der DDR-Zeit.

Aufgenommen sind in diesen Band neben den überarbeiteten Tagungsreferaten und einem nicht auf der Konferenz vorgestellten Aufsatz über die Medizinische Akademie Magdeburg auch Zwischenergebnisse aus einem eigenen Forschungsprojekt über die Berliner Hochschullandschaft in den Jahren der Teilung. Im Mittelpunkt dieses vom Präsidium der Freien Universität unterstützten Projektes stehen Maßnahmen der politischen Repression und Widerstandshandlungen gegen das SED-Regime an den Berliner Hochschulen, aber auch die trotz der Teilung fortbestehenden Beziehungen zwischen Studenten und Hochschulangehörigen in beiden Teilen der Stadt.

Im Band leider nicht enthalten ist ein auf der Tagung gehaltener Vortrag über Robert Havemanns Konflikt mit der SED und der Humboldt-Universität. Diese Lücke zum Thema Opposition im Sozialismus ließ sich aber aus arbeitspragmatischen Gründen nicht verhindern, da der Sammelband in angemessenem Zeitabstand von der Konferenz fertiggestellt werden sollte.⁹ Die Universitätshistoriker der Humboldt-Universität lehnten eine Teilnahme an der Tagung aus Zeitgründen ab, einige von ihnen »auch weil sie die Universitätsgeschichte nicht auf diesen Aspekt einengen wollen«.¹⁰ Die ehemalige Vorzeigeuniversität des SED-Staates hat auch zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR noch keine Darstellung ihrer Geschichte in den Jahren der kommunistischen Diktatur vorgelegt.¹¹ Mit dieser Zurückhaltung gegenüber der eigenen Geschichte liegt die ehemalige Nummer Eins der DDR-Universitäten, was die Aufarbeitung der Diktaturgeschichte betrifft, nun auf den hinteren Plätzen in der ostdeutschen Universitätslandschaft. Daß es auch anders geht, haben die Medizinhistoriker der Charité mit ihrer Sonderausstellung im Berliner Abgeordnetenhaus und dem dazugehörigen Katalog über die DDR-Vergangenheit des Klinikums bewiesen.¹²

Angesichts der unterschiedlichen Untersuchungsansätze zum Thema »Politische Verfolgung und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR« sowie der zum Teil immer noch eingeschränkten Archivzugänge bietet dieser Tagungsband einen

9 Zu Havemanns Auseinandersetzung mit der SED- und Universitätsbürokratie vgl. die entsprechenden Hinweise in: Theuer, Werner/Florath, Bernd: Robert Havemann Bibliographie. Berlin 2007.

10 E-Mail-Antwort von Heinz-Elmar Tenorth v. 1. 5. 2010 auf eine zweite Nachfrage mit Bitte um Antwort auf die ihm zugegangene Einladung.

11 Universitätsgeschichtliche Bände zum Nationalsozialismus und zur SED-Diktatur sind immerhin angekündigt.

12 Vgl. Herrn, Rainer/Hottenrott, Laura: Die Charité zwischen Ost und West (1945–1992). Zeitzeugen erinnern sich. Berlin 2010.

Überblick mit Leerstellen. Die Beiträge stammen von Zeitzeugen und Wissenschaftlern der älteren und mittleren sowie von Nachgeborenen der jüngeren Generation. Aus Platzgründen wurde darauf verzichtet, die anregenden Diskussionen und Zeitzeugenrunden aufzunehmen, welche neben den wissenschaftlichen Referaten die Konferenz im Mai 2010 prägten. Die drei Zeitzeugenrunden befaßten sich mit den Erfahrungen oppositioneller Studentinnen und Studenten in der SBZ und frühen DDR, mit dem Engagement von Fluchthelfern der Freien Universität Berlin und mit der Opposition im Realsozialismus der siebziger Jahre.¹³ In der zeitlichen Dimension sind entsprechend des Konferenzverlaufs die SBZ- und DDR-Jahre von der Wiederaufnahme des Studienbetriebes nach dem Krieg bis zum Ende des sozialistischen Universitätswesens berücksichtigt, die Anordnung ist grob chronologisch. Zudem ist eine große Bandbreite von Erfahrungswelten abgedeckt, indem einzelne Untersuchungen sich mit recht unterschiedlichen Ausbildungsstätten beschäftigen, von den Technischen Universitäten bis hin zur Palucca-Hochschule für Tanz.

Schließlich bleibt anzumerken, daß die Fritz Thyssen Stiftung einem Antrag auf einen Tagungszuschuß in Höhe von 3.000 Euro ohne Angabe von inhaltlichen Gründen nicht entsprochen hat. Die Ströme der Fördermittel im Wissenschaftsbetrieb werden leider meist von anonymen Fachgutachtern gelenkt, die eine andere Art der Zeitgeschichtsforschung und in der Regel auch nur ihre eigenen Netzwerke präferieren. Aber es geht auch ohne deren Wohlwollen, wie dieser Band belegt.

Die Anregung zur Tagung ging aus einer Zeitzeugenveranstaltung der Technischen Universität Dresden im November 2009 hervor. Zu danken ist allen, die am erfolgreichen Verlauf der Tagung ohne jede Vergütung ihrer Konferenzbeiträge Anteil hatten. Das waren außer den in diesem Band vertretenen Autorinnen und Autoren Ursula Besser, Bernd Florath, Horst Hennig, Klaus-M. von Keussler, Kristin Kleibert, Sebastian Kleinschmidt, Jan S. Lautenbach, Andreas Petersen und Burkhardt Veigel sowie die Vizepräsidentin der Freien Universität, Christine Keitel-Kreidt, die im Namen des Präsidiums die Konferenz eröffnete.

Zur Vorbereitung und organisatorischen Durchführung der Konferenz trugen mit großem Engagement bei: Pamela Böse, Yasmin Poslek, Oliver Schulz, Sophia Trier, Lutz Utecht, Tobias Voigt, das Mensateam und die Haustechnik der Freien Universität Berlin sowie ganz besonders Carolin Würfel. Für das Lektorat des Bandes sorgte Ariane Mohl.

¹³ Vertiefend zur Zeitzeugenrunde mit Klaus-M. von Keussler und Burkhardt Veigel sei exemplarisch verwiesen auf den von Veigel bei Suhrkamp herausgegebenen Band: Uwe Johnson: Ich wollte keine Frage ausgelassen haben – Gespräche mit Fluchthelfern. Berlin 2010. Zum Zeitzeugengespräch mit Sebastian Kleinschmidt und Jan S. Lautenbach über ihre in den siebziger Jahren an der Humboldt-Universität existierende Oppositionsgruppe, die auch Verbindungen zu West-Berliner Trotzkisten unterhielt, vgl. den Film »Verraten – Sechs Freunde und ein Spion« von Inga Wolfram, der im Rahmen der Tagung am Abend des 20. Mai vorgeführt wurde, sowie Inga Wolframs ausführliche Darstellung der damaligen Ereignisse im Buch: Verraten. Sechs Freunde, ein Spitzel, mein Land und ein Traum. Düsseldorf 2009.